Abwägung im Rahmen der Öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Im Rahmen der Öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom __.__.2021 bis __.__.2021 wurde keine Stellungnahme abgegeben.

Mit Schreiben vom 22.09.2021 hat die Gemeinde Geeste die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB von der obigen Planung unterrichtet und um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht

lfd. Nr.	Behörde / sonstiger Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom
1	Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems	19.10.2021
2	Erdgas Münster GmbH (durch Nowega GmbH)	21.10.2021
3	Niedersächsische Landesforsten, Forstamt Ankum	28.09.2021
4	Gasunie Deutschland Transport Services GmbH	05.10.2021
5	Handwerkskammer Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim	07.10.2021
6	Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Emsland	27.10.2021
7	Neptune Energy Holding Germany GmbH	21.10.2021
8	NOWEGA GmbH	21.10.2021
9	PLEdoc GmbH	19.10.2021
10	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Emden, Behörde für Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz	08.10.2021
11	Stadt Meppen	05.10.2021
12	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH (Netzplanung, Stellungnahme Nr.: S01073103)	13.10.2021

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben Anregungen / Bedenken vorgebracht:

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägungsvorschlag
1. Amprion GmbH: Schreiben vom 21.10.2021	
Wie bereits in den Antragsunterlagen aufgeführt, liegt der Geltungsbereich der o. g. Bauleitplanung im raumordnerisch festgesetzten Trassenkorridor für das im Betreff genannte Leitungsprojekt von Amprion [Geplante 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Wesel- Pkt. Meppen, Bl. 4201 (Maste 314 bis 315)] und, wie ebenfalls in den Planunterlagen bereits dargestellt, teilweise innerhalb des 2 x 38,00 m = 76,00 m breiten Schutzstreifens der zur Planfeststellung eingereichten Trassenführung.	Die Stellungnahme der Amprion GmbH wird zur Kenntnis genommen und beachtet. Die ergänzenden Ausführungen zur Beachtung im Rahmen des möglichen nachfolgenden Bauleitplanverfahrens werden in die Begründung aufgenommen.

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägungsvorschlag
<p>Da inzwischen mit dem Eigentümer Einigkeit über die Inanspruchnahme der Eigentumsflächen innerhalb des Geltungsbereiches der Bauleitplanung erzielt werden konnte, bestehen gegen die Ausweisung von gewerblichen Nutzflächen, teilweise innerhalb des Leitungsschutzstreifens, aus Sicht von Amprion keine Bedenken.</p> <p>Wir weisen jedoch für das nachfolgende Bebauungsplanverfahren darauf hin, dass der Bereich des Leitungsschutzstreifens von Bebauung freizuhalten ist und lediglich als Lagerfläche bzw. Verkehrsfläche, bzw. für Anpflanzungen genutzt werden kann.</p> <p>Alle geplanten Maßnahmen innerhalb des Leitungsschutzstreifens sind auch zukünftig im Vorfeld mit dem Leitungsbetreiber abzustimmen.</p>	
2. EWE NETZ GmbH: Schreiben vom 06.10.2021	
<p>Die Aufstellung oder Veränderung von Leitplanungen kollidiert in der Regel nicht mit unserem Interesse an einer Bestandswahrung für unsere Leitungen und Anlagen. Sollte sich hieraus im nachgelagerten Prozess die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben, die anerkannten Regeln der Technik sowie die Planungsgrundsätze der EWE NETZ GmbH gelten. Gleiches gilt auch für die Neuherstellung, z.B. Bereitstellung eines Stationsstellplatzes. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.</p> <p>Die EWE NETZ GmbH hat <u>keine</u> weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen.</p> <p>Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand</p>	<p>Die Stellungnahme der EWE NETZ GmbH wird zur Kenntnis genommen. Die EWE NETZ GmbH wird im Rahmen möglicher weiterer Planverfahren beteiligt.</p>

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägungsvorschlag
<p>führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite:</p> <p>https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen.</p> <p>Zur effizienten Bearbeitung von Anfragen und Stellungnahmen bauen wir unsere elektronischen Schnittstellen kontinuierlich aus. Bitte schicken Sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig an unser Postfach info@ewe-net z.de. Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Frau Wernicke unter der folgenden Rufnummer: 04471 7011-295.</p>	
3. Industrie- und Handelskammer Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim: Schreiben vom 03.11.2021	
<p>Die Industrie- und Handelskammer Osnabrück- Emsland -Grafschaft Bentheim hält im Hinblick auf die o.g. Planung (Ausweisung von gewerblicher Baufläche) ihre zuletzt abgegebene Stellungnahme vom 2. Februar 2016 aufrecht und trägt keine grundsätzlichen Bedenken vor.</p> <p>Es werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Erweiterungsmöglichkeiten des ansässigen Unternehmens Klasmann-Deilmann GmbH geschaffen. Die Erweiterungsplanung ermöglicht dem Unternehmen eine Stärkung und Weiterentwicklung des Standortes und somit eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Wir begrüßen die Planung im Hinblick auf eine weitere, qualifizierte Gewerbeentwicklung. Zudem werden mit der Planung die Ziele einer regionalen Wirtschaftsförderung verfolgt.</p> <p>Im Umfeld des Plangebietes befinden sich Wohnnutzungen im Außenbereich. Ein Nebeneinander von Wohnbauflächen und gewerblichen Nutzungen kann im Hinblick auf Schallemissionen zu Konflikten führen. Zur Bewältigung von eventuellen Konflikten im Bereich des Immissionsschutzes durch angrenzende Wohnnutzungen müssen dann geeignete Maßnahmen und Festsetzungen getroffen werden, die diese Nutzungskonflikte gar nicht erst entstehen lassen. Gewerbebetriebe sollten nicht mit Auflagen zum aktiven Immissionsschutz, Belastungen oder Nutzungseinschränkungen betriebswirtschaftlich belastet werden. Dies lehnen wir im Sinne des Bestandsschutzes und der gewerblichen Standort-sicherung ab.</p>	<p>Die Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen</p> <p>Die Ausweisung der gewerblichen Baufläche erfolgt in Richtung Westen, von den bestehenden Gebäuden und Anlagen der Klasmann-Deilmann GmbH in Richtung der Trasse der A31. Hier befinden sich direkt angrenzend keine Wohnnutzungen bzw. der bestehende gewerbliche Ansatz liegt zwischen der Wohnnutzung und der Erweiterungsfläche. Durch die Ausweisung der gewerblichen Baufläche wird dieser gewerbliche Ansatz städtebaulich gesichert und erhält Entwicklungspotenziale. Da diese Fläche jedoch neu ausgewiesen wurde, hat die geplante gewerbliche Entwicklung die angrenzenden Wohnnutzungen zu berücksichtigen. Eine Konkretisierung erfolgt im Rahmen einer möglichen Aufstellung eines Bebauungsplanes oder in einem Baugenehmi-</p>

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägungsvorschlag
<p>Wir gehen davon aus, dass dem erweiterungswilligen Unternehmen die evtl. Restriktionen durch die geplante Trasse der 11 0-/380-kV-Leitung Wesel-Pkt. Meppen, Bl. 4201 inklusive der Abstandsflächen bekannt sind und es mit den dadurch ggf. eingeschränkten Bebauungsmöglichkeiten einverstanden ist.</p>	<p>gungsverfahren.</p> <p>Zwischen den Grundstückseigentümern und der Amprion GmbH erfolgte eine intensive Abstimmung zum geplanten Trassenverlauf, die von beiden Seiten positiv begleitet wurden und in dem nun vorliegenden Trassenverlauf gemündet sind.</p>
4. Landkreis Emsland: Schreiben vom 22.01.2016	
<p>Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><u>Raumordnung</u> Das Plangebiet liegt in einem Vorranggebiet Trassenkorridor gemäß Regionales Raumordnungsprogramm 2010 Landkreis Emsland, 1. Änderung (RROP 201 0).</p> <p>Aus Sicht der Raumordnung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, sofern die Amprion GmbH im aktuellen Beteiligungsverfahren ihrerseits der Planung zustimmt und auch die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr als zuständige Planfeststellungsbehörde in diesem Verfahren gehört wurde.</p> <p><u>Städtebau</u> Mit Blick auf die vergangenen Abstimmungsgespräche im Jahr 2021 wird darauf hingewiesen, dass positive Stellungnahmen von Amprion und der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Voraussetzung für den positiven Abschluss des o. g. Bauleitplanverfahrens sind.</p> <p><u>Denkmalpflege</u> In unmittelbarer Nähe des Planungsbereichs (ca. 25 m Luftlinie) befindet sich die Fundstelle Nr. 3 (Fundstreuung), Trinkhörner aus Holz und Fischreste. Hierbei handelt es sich um ein Bodendenkmal im Sinne des § 3 Abs. 4 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes:</p> <p><u>NLD-Identifikationsnummer:</u> 454/3115.00003-F <u>Objektbezeichnung:</u> Fundstreuung, Trinkhörner und Fischreste</p> <p>In Zusammenhang mit dieser Fundstreuung sind weitere Funde in nächster Umgebung zu erwarten, d.h. das o.g. Planungsgebiet weist ein äußerst hohes ar-</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet. Die Ausführungen zum Denkmalschutz werden ergänzend in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Positive Stellungnahmen der Amprion GmbH (siehe Schreiben vom 21.10.2021, Stellungnahme Nr. 1) und von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (siehe Schreiben vom 13.01.2016; im Rahmen der 3. Auslegung erfolgte keine Abgabe einer Stellungnahme) liegen vor. Somit wurde den Anregungen nachgekommen.</p> <p>Positive Stellungnahmen der Amprion GmbH (siehe Schreiben vom 21.10.2021, Stellungnahme Nr. 1) und von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (siehe Schreiben vom 13.01.2016; im Rahmen der 3. Auslegung erfolgte keine Abgabe einer Stellungnahme) liegen vor. Somit wurde den Anregungen nachgekommen.</p> <p>Die Ausführungen zur Denkmalpflege werden zur Kenntnis genommen und in die Begründung in das Kapitel 4.8 sowie im Umweltbericht bei den Beschreibungen zum Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ (gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7d BauGB) ergänzt. Die in der Begründung enthaltenen Hinweise zum Denkmalschutz werden um die Auflagen zu möglichen Erdarbeiten ergänzt.</p>

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägungsvorschlag
<p>chäologisches Potential auf. Bodendenkmale stehen unter Denkmalschutz und sind grundsätzlich zu erhalten und zu schützen. Da im Rahmen der geplanten Baumaßnahme die Zerstörung möglicher weiterer Bodendenkmäler zu erwarten ist, steht die Genehmigung von vornherein unter dem Vorbehalt vorheriger Sicherung/Dokumentation der Denkmalsubstanz.</p> <p><u>Sämtliche Erdarbeiten in diesem Bereich bedürfen daher einer denkmalrechtlichen Genehmigung (§ 13 NDSchG).</u> Eine Zerstörung von Bodendenkmalen ohne vorherige fachkundige Untersuchung/Grabung ist im Ergebnis ausnahmslos unzulässig.</p> <p><u>Dementsprechend ist eine Begleitung des Oberbodenabtrags durch einen Sachverständigen/Beauftragten der Archäologie (Bagger mit großer Räumschaufler ohne Zähne) erforderlich. Das weitere Vorgehen sowie Umfang und Dauer ggf. weiterer archäologischer Arbeiten sind von der Befundsituation abhängig.</u></p> <p>Erst nach Abschluss der archäologischen Arbeiten kann die betroffene Fläche von der Unteren Denkmalschutzbehörde zur Bebauung freigegeben werden. Die anfallenden Kosten für die Voruntersuchung und evtl. etwaige Grabungskosten sind durch den Verursacher zu tragen!</p> <p>Zur Abstimmung des weiteren Vorgehens muss sich der Vorhabenträger daher frühzeitig (6 bis 8 Wochen vor Baubeginn) mit der Archäologischen Denkmalpflege in Verbindung setzen. Sie erreichen die Untere Denkmalschutzbehörde des Landkreises Emsland unter folgender Rufnummer: (05931) 5970-111 oder 5970-112.</p> <p>In diesem Zusammenhang weise ich abschließend darauf hin, dass grundsätzlich bei Erd- und Bauarbeiten gemachte ur- und frühgeschichtliche Bodenfunde unverzüglich der Denkmalschutzbehörde, der Gemeinde oder einem Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege anzuzeigen sind (§ 14 Abs. 1 NDSchG).</p> <p>Bodenfunde und Fundstellen sind bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. (§ 14 Abs. 2 NDSchG).</p>	
<p>5. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG): Schreiben vom 29.10.2021</p>	

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägungsvorschlag
<p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p>Hinweise</p> <p>Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	<p>Die Stellungnahme des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Erarbeitung des Umweltberichtes wurde auf die Inhalte des NIBIS-Kartenserver zurückgegriffen.</p>
<p>6. Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln – Hannover, Kampfmittelbeseitigungsdienst: Schreiben vom 12.10.2021</p>	
<p>Stellungnahme zum öffentlichen Belang: Kampfmittelbeseitigung</p> <p>Empfehlung: Luftbilddauswertung</p> <p>Fläche A: <u>Luftbilder:</u> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet. <u>Luftbilddauswertung:</u> Es wurde keine Luftbilddauswertung durchgeführt. <u>Sondierung:</u> Es wurde keine Sondierung durchgeführt. <u>Räumung:</u> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p>	<p>Die Stellungnahme des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln – Hannover, Kampfmittelbeseitigungsdienst wird zur Kenntnis genommen und beachtet. Die Klasmann-Deilmann GmbH wird für den Flächenbereich im Vorfeld weiterer Planungen eine Luftbilddauswertung für die Fläche A beauftragen.</p>

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägungsvorschlag
<p><u>Belastung:</u> Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p> <p>Empfehlung: Kein Handlungsbedarf</p> <p>Fläche B: <u>Luftbilder:</u> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet. <u>Luftbildauswertung:</u> Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet. <u>Sondierung:</u> Es wurde keine Sondierung durchgeführt. <u>Räumung:</u> Die Fläche wurde nicht geräumt. <u>Belastung:</u> Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.</p> <p>In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.</p> <p>Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.</p>	
7. Trink- und Abwasserverband (TAV) „Bourtanger Moor“: Schreiben vom 25.10.2021	
<p>Gegen die o.g. Bauleitplanung bestehen seitens des TAV unter Beachtung der nachfolgenden Punkte keine Bedenken.</p> <p>Der Anschluss an die zentrale Trinkwasserversorgung und an die Abwasserkanalisation kann vom Verband für das geplante Gebiet, unter Berücksichtigung der gültigen Verbandsgrundlagen, sichergestellt werden.</p> <p>Um zu entscheiden, ob das Plangebiet abwassertechnisch an den vorhandenen Schmutzwasser-Freigefällekanal angeschlossen werden kann, oder der Bau einer neuen Abwasserpumpstation erforderlich wird, benötigt der TAV genaue Angaben bezüglich der NN-Höhen des Plangebietes und der möglichen Gebäude-Anschlussstandorte.</p> <p>Die Sicherstellung der Löschwasserversorgung obliegt gemäß § 2 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 des Nds. Brandschutzgesetzes der Gemeinde. Aus dem Rohrnetz des</p>	<p>Die Stellungnahme des Trink- und Abwasserverbandes (TAV) „Bourtanger Moor“ wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Erschließungsplanungen beachtet. Hierzu wird der TAV frühzeitig beteiligt. Das Kapitel 4.7.2 wird um die Ausführungen zur Löschwasserversorgung ergänzt.</p>

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägungsvorschlag
<p>TAV ist für das Plangebiet zurzeit eine mittlere Entnahmemenge von 48 m³/h möglich. Durch diese Angabe werden weder Verpflichtungen des TAV noch Ansprüche gegen diesen begründet.</p>	
8. Deutsche Telekom Technik GmbH: Schreiben vom 15.10.2021	
<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Wir haben keine weiteren Bedenken zu den o.a. Vorhaben.</p> <p>Die Bauausführenden müssen sich vor Beginn der Arbeiten über die Lage, der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. (Internet: https://trassenauskunft-kabel.telekom.de oder mailto:Pianauskunft.Nord@telekom.de). Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. Die Bauherren können sich bei der Bauherrenhotline, Tel.: 0800 3301 903 beraten lassen.</p> <p>Bei Planungsänderungen bitten wir uns erneut zu beteiligen.</p> <p>mailto: T-NL-N-PTI-12-Planungsanzeigen@telekom.de</p>	<p>Die Stellungnahme der Deutschen Telekom GmbH wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Erschließungsplanungen beachtet.</p>
9. Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverband Nr. 95 „Ems I“: Schreiben vom 30.09.2021	
<p>Der Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverband Nr. 95 "Ems I" (ULV) ist unterhaltungspflichtig für den Hakengraben (Gewässer zweiter Ordnung). Dieser wird jährlich zweimal maschinell gemäht und gekrautet. Die parallel verlaufenden Unterhaltungswege müssen deshalb uneingeschränkt erhalten bleiben. Darüber hinaus ergeben sich noch Einschränkungen gem. § 6 unserer Satzung (siehe Anlage) bezüglich einzuhaltender Abstände mit baulichen Anlagen, Zäunen oder Veränderungen der Geländeoberfläche. Sofern diese bei der weiteren Planung berücksichtigt werden, bestehen seitens des UL V keine Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme des Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverbandes Nr. 95 „Ems I“ wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Erschließungsarbeiten beachtet. Der Hinweis wird in die Begründung übernommen.</p>

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägungsvorschlag
10. Westnetz GmbH: Schreiben vom 11.10.2021	
<p>Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 22.09.2021 und teilen Ihnen mit, dass wir den o.g. Planentwurf in Bezug auf unsere Versorgungseinrichtungen durchgesehen haben. Gegen die Verwirklichung bestehen unsererseits keine Bedenken.</p> <p>Die ungefähre Trasse der im angrenzenden Bereich des Plangebietes verlaufenden Versorgungseinrichtungen entnehmen Sie bitte den Auszügen aus unserem Planwerk (Gas, Strom).</p> <p>Zur Versorgung des Baugebietes mit Gas sowie elektrischer Energie wird der Ausbau entsprechender Versorgungseinrichtungen erforderlich. Der Umfang derselben ist von uns zzt. noch nicht zu übersehen, dieser hängt von der Erschließungsart sowie der Anzahl der Grundstücke ab. Die erforderlichen Maßnahmen werden wir dann festlegen.</p> <p>Aufgrund des Planungsanlasses und der Abgrenzungen des Plangebietes sowie Ihren schriftlichen Ausführungen zum Thema Ver- und Entsorgung gehen wir davon aus, dass der Fortbestand unserer Versorgungsanlagen nicht beeinträchtigt ist. Sollten sich diesbezüglich Änderungen ergeben, bitten wir um rechtzeitige Benachrichtigung.</p> <p>Vorsorglich machen wir darauf aufmerksam, dass alle Arbeiten in der Nähe unserer Versorgungseinrichtungen mit besonderer Sorgfalt auszuführen sind, da bei Annäherung bzw. deren Beschädigung Lebensgefahr besteht. Bei eventuellen Tiefbauarbeiten ist auf die vorhandenen Versorgungsleitungen Rücksicht zu nehmen, damit Schäden und Unfälle vermieden werden. Schachtarbeiten in der Nähe unserer Versorgungseinrichtungen sind von Hand auszuführen.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass bei der Aufstellung eines verbindlichen Bebauungsplanes geeignete und ausreichende Trassen von mindestens 2,0 m Breite für die Versorgungsleitungen im öffentlichen Seitenraum zur Verfügung stehen müssen. Die Gesamtbreite setzt sich zusammen aus einer benötigten Rohrgrabenbreite von bis zu 1,2 m und den Mindestabständen zur Endausbaustraße und den Grundstücksgrenzen von Jeweils mindestens 0,3 m. Diese Trassen sind von Bepflanzungen, Regenwassermulden, Rigolensystemen und von Versickerungsschächten freizuhalten, um eine ausreichende Rohrüberdeckung und Betriebssicherheit der Versorgungsleitungen zu gewährleisten.</p>	<p>Die Stellungnahme der Westnetz GmbH wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet:</p> <p>Die Strom- und Gasleitungen der Westnetz GmbH verlaufen außerhalb des Geltungsbereiches der 71. Flächennutzungsplanänderung. Insofern ist die 71. Flächennutzungsplanänderung nicht von der Stellungnahme betroffen und müsste deshalb nicht beachtet werden. Eine Rücksichtnahme auf vorhandene Leitungen sowie die Schaffung eines geeigneten Trassenkorridors für die neu zu verlegenden Leitungen wird im Rahmen der Erschließungsplanung erfolgen. Hierzu wird die Westnetz GmbH frühzeitig beteiligt.</p>

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägungsvorschlag
<p>Leitungstrassen sind grundsätzlich von Baumpflanzungen freizuhalten und nicht zu überbauen.</p> <p>Im Bereich unserer erdverlegten Versorgungseinrichtungen sind nur flachwurzelnde Gehölze zulässig. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf das Merkblatt DVGW GW 125 „Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle“. Eine Nichtbeachtung kann zu Schäden an unseren Versorgungseinrichtungen mit erheblichen Sicherheitsrisiken führen.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass das betroffene Gebiet im Zuge des Bauleitplanverfahrens aufgrund der not wendigen Beteiligung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes (LGLN Regionaldirektion Hameln-Hannover) auf Kampfmittel geprüft wird und bitten im Falle von Verdachtsflächen um Mitteilung. Sollten wir diesbezüglich bis zum Baubeginn keine Rückinformation erhalten, gehen wir davon aus, dass im Plangebiet keinerlei Belastungen bekannt sind.</p> <p>Im Übrigen sind unsere früheren Stellungnahmen zum o.g. Bebauungsplan und zu den Änderungen weiterhin maßgebend.</p>	<p>Die Klasmann-Deilmann GmbH wird für den Flächenbereich im Vorfeld weiterer Planungen eine Luftbildauswertung beauftragen.</p>